



Der geplante Rückbau des Reaktors Neckarwestheim I bleibt umstritten.

Archivfoto: Alfred Drossel

## AKW-Gegner greifen Umweltminister an

Scharfe Kritik am baden-württembergischen Umweltministerium übt das Aktionsbündnis Castor-Widerstand Neckarwestheim. Im Genehmigungsverfahren zum geplanten Abriss des älteren Neckarwestheimer Reaktorblocks GKN I habe das Land „seine Neutralität und unabhängige Aufsichtspflicht verloren“, heißt es in einer Mitteilung der Atomkraftgegner.

### NECKARWESTHEIM

Im Genehmigungsverfahren zum Abriss von Neckarwestheim I sei in über 2500 Einwendungen grundsätzliche Kritik am Verfahren erhoben worden. Dies sei inhaltlich mit zwei Sammeleinwendungen der AG AtomErbe Neckarwestheim und des Aktionsbündnisses Castor-Widerstand sowie zusätzlich mit einer 17-seitigen Einwendung des unabhängigen Sachverständigen Wolfgang Neumann (Hannover) und zahlreichen weiteren ausführlichen Einzeleinwendungen geschehen, so das Aktionsbündnis.

#### „Erörterungstermin wird zur Farce“

Trotzdem beharre Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) auf dem be-

reits im vorigen Jahr festgelegten Erörterungstermin ab dem 16. Juni. Dabei sei die Einwendungsfrist erst am 18. März ausgelaufen. Eine sachliche Prüfung der Einwendungen könne innerhalb von nur drei Monaten aber nicht stattgefunden haben, schreibt das Aktionsbündnis in einer Pressemitteilung: „So wird der Erörterungstermin zur Farce!“

Das gesamte Vorgehen des Umweltministeriums zu den EnBW-Anträgen sei fragwürdig, so die Atomkraftgegner. „Anscheinend hat das Umweltministerium durch den Landesbesitz an der EnBW seine Neutralität und unabhängige Aufsichtspflicht verloren“, lautet ihr Fazit. Im Einzelnen listet das Aktionsbündnis vor allem zwei Kritikpunkte auf: Erstens habe das Ministerium zwei neu zu errichtende Atomanlagen in Neckarwestheim – nämlich ein zentrales neues Zwischenlager und das Reststoffbearbeitungszentrum – aus dem beantragten und laufenden atomrechtlichen Genehmigungsverfahren herausgenommen und diese bereits separat nach der Strahlenschutzverordnung und ohne Öffentlichkeitsbeteiligung genehmigt.

Zweitens plane das Land „für einen sicherlich 15 bis 20 Jahre gehenden Abriss nur eine Öffentlichkeitsbeteiligung“. In den Antragsunterlagen der EnBW seien die einzelnen Abrisschritte nur allgemein beschrieben. Das Umweltministe-

rium beabsichtige, „diese bei einem hoch radioaktiv kontaminierten Atomkraftwerk auch so pauschal zu genehmigen“. Die Bürgerinitiative will daher wissen, welche inhaltliche Prüfung der reklamierten Antragsunterlagen das Umweltministerium aufgrund der Einwendungen vorgenommen hat. Sie fragt, ob bei der EnBW weitere Antragsunterlagen und Gutachten angefordert wurden, ob unabhängige Sachverständige zur Klärung der Einwendungen hinzugezogen wurden und welche neuen Gutachten es gegebenenfalls gibt.

#### Für „radioaktives Gesamtkataster“

Das Aktionsbündnis fordert, zuerst ein radioaktives Gesamtkataster der Anlage in Neckarwestheim zu erstellen. Erst dann könne über das weitere Vorgehen entschieden werden. Die gesundheitliche Unversehrtheit der Bevölkerung sei beim beantragten Vorgehen nicht gewährleistet, müsse jedoch „vor dem Kostenminimierungsinteresse der EnBW stehen“. Es sei „jetzt schon klar, dass es noch auf Jahrzehnte kein Endlager für den hoch radioaktiven Atommüll geben“ werde. Die Castoren im Zwischenlager Neckarwestheim müssten daher weit über den bisherigen Genehmigungszeitraum von 2045 am Standort bleiben. Auch deshalb sei der geplante Abriss „in dieser Form unverantwortlich“. (red)

E.  
g.  
ING  
VON

Heu  
garc  
Leb-  
diar  
Pfin  
Al  
rin i  
bor-  
zig.  
mei  
in G  
D  
mer  
195:  
Frei  
Oßv  
der  
Mar  
ren,  
Farr  
wan  
Inge  
heir  
In  
auf.  
und  
lie g  
kel.  
viel  
Zeit  
der  
Plei-  
spie



Hild

# Anhörung ohne Bürgerinitiativen

AG Atomerbe nimmt nicht an Erörterungstermin zum GKN-Abriss teil

NECKARWESTHEIM  
VON STEFFEN PROSS

Baden-Württembergs Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) spricht von Vorurteilen und einem „Wiederholen teils absurder Vorwürfe“: Die AG Atomerbe Neckarwestheim – ein Bündnis verschiedener Anti-Atomkraft-Initiativen in der Region – hat gestern ihre Teilnahme am Erörterungstermin zum Abriss des Atomkraftwerks Neckarwestheim I am 16. Juli abgesagt.

Die Bürgerinitiativen seien offenbar weder bereit noch in der Lage dazu, einen „kritischen Dialog“ über Stilllegung und Rückbau des Reaktors zu führen, kommentiert dies Untersteller. Die AKW-Gegner ihrerseits werfen dem Minister vor, „falsche Abrisspläne im Hauruck-Verfahren genehmigen“ zu wollen. „Für die Simulation einer Bürgerbeteiligung stehen wir nicht zur Verfügung“, begründet Herbert Würth, der Sprecher des Aktionsbündnisses Castor-Widerstand Neckarwestheim, die Nichtteilnahme der Bürgerinitiativen am Erörterungstermin in der Reblandhalle. Stattdessen laden die Atomkraftgegner am Dienstag zur Protestaktion und einer „alternativen Erörterung“ vor der Halle ein.

Rund 2500 Bürger hatten im Anhörungsverfahren Einwendungen gegen die Abrisspläne für den seit dem Super-Gau von Fukushima vor fünf Jahren abgeschalte-



Abriss: Schon 2012 wurde der Kühlturm von GKN I abgebaut. Foto: Drossel

ten Neckarwestheimer Reaktorblock GKN I erhoben – darunter auch die Bürgerinitiativen, die umfangreiche Sammeleinwendungen machten. Die seit der Abgabefrist vergangenen drei Monate habe das Land aber weder genutzt, die geäußerte Kritik im Vorfeld des Erörterungstermins sachlich zu prüfen, noch habe Untersteller von der Kraftwerksbetreiberin EnBW eine Nachbesserung der „absolut mangelhaften Unterlagen“ gefordert oder neutrale Gutachten eingeholt. Das Land habe damit seine Neutralität im Genehmigungsverfahren zum GKN-Abriss preisgegeben, hatten die Bürgerinitiativen schon vor drei Wochen erklärt. Seit dem umstrittenen Rückkauf der EnBW durch den früheren Ministerpräsidenten Stefan Mappus (CDU) ziehe sich „ein roter Faden der Rücksichtnahme auf die finanzi-

ellen und sonstigen Interessen der EnBW“ durch die Landespolitik – auch unter Untersteller, so die Bürgerinitiativen jetzt.

Auch die grundsätzlichen fachlichen Kritikpunkte der AG Atomerbe sind nicht mehr neu. Unter anderem fordert sie, dass vor Beginn des Abrisses ein „radiologisches Gesamtkataster“ für GKN I erhoben werden müsse. Es könnte aber erst erstellt werden, sobald auch der letzte Brennstab aus dem Reaktordruckbehälter ins Zwischenlager transportiert ist – vorher errechnete Belastungen reichten nicht aus. Ferner werfen die Bürgerinitiativen dem Land vor, dass es die Genehmigung der Neubauten eines Behandlungszentrums für radioaktive Reststoffe und eines Abfall-Zwischenlagers aus dem Genehmigungsverfahren des Abrisses ausgeklammert hatte. Beide Anlagen sind laut EnBW für den Rückbau von GKN unverzichtbar – und wurden vom Landkreis Heilbronn sowie der Gemeinde Neckarwestheim auch abgenickt.

Die Chance, solche „Argumente vorzutragen und zu untermauern“, lasse die AG Atomerbe ungenutzt verstreichen, bedauerte Untersteller die Absage der Bürgerinitiativen. „Vorurteile“ könnten die Erörterung der Sach- und Rechtslage nicht ersetzen.

**INFO:** Der Erörterungstermin beginnt am 16. Juni um 10 Uhr in der Reblandhalle Neckarwestheim.

Ludwigsburger Kreiszeitung, 11.06.

## Der Erörterung zu Neckarwestheim droht der Boykott

**Atomkraft** Die Kernkraftgegner haben ihre Teilnahme abgesagt und planen statt dessen eine Gegenveranstaltung. Von Wolfgang Messner

Der Erörterungstermin zum Abriss des Atomkraftwerks Neckarwestheim I in der kommenden Woche droht zu scheitern. Die vier in der AG AtomErbe Neckarwestheim zusammen geschlossenen Bürgerinitiativen sowie der Naturschutzbund BUND haben ihre Teilnahme an der dreitägigen Veranstaltung unter Protest abgesagt. Die Sprecher der Initiativen bezeichnen die dreitägige Veranstaltung in der Reblandhalle von Neckarwestheim als „Alibi-Erörterung“ und „Show-Veranstaltung“ des baden-württembergischen Umweltministeriums, das schwere Fehler beim Inhalt und in der Form des Verfahrens gemacht habe.

„Für eine Simulation von Bürgerbeteiligung stehen wir nicht zur Verfügung“, sagte Herbert Würth vom Aktionsbündnis Castor-Widerstand Neckarwestheim. Die Folgen einer falschen Abrissplanung betreffen Generationen. „Das darf nicht im Hauruck-Verfahren entschieden werden.“

Ein Sprecher des Umweltministeriums wies die Vorwürfe als haltlos zurück. Vom

kommenden Dienstag bis Donnerstag will sich das Ministerium drei Tage lang den 2500 schriftlichen Einwendungen widmen, die Bürger gegen die Abrisspläne von Neckarwestheim I formuliert haben. Die Bürgerinitiativen wollen gegen die Erörterung protestieren und laden zu einer „Alternativen Erörterung“ ein. Beobachter fragen sich, ob die Veranstaltung durch die Teilnahmeverweigerung der Bürgerinitiativen zu scheitern droht, da die Einwendungen überwiegend aus den Reihen der Bürgerinitiativen stammen.

Die Kritik am Verfahrensgang ist grundlegend. So habe die Energie Baden-Württemberg (EnBW) als Betreiberin des AKW nur unzureichende Unterlagen eingereicht. Es sei unklar, ob das Ministerium den Stromkonzern um Nachbesserung gebeten habe, kritisierte Würth weiter. Trotz der aus Sicht der Initiativen mangelhaften Unterlagen hätten viele Menschen eine detaillierte Kritik an den Plänen eingereicht. „Diese Einwendungen sind Teil des Rechtsverfahrens und dürfen von der Behörde



Der Anti-Akw-Protest in Neckarwestheim setzt sich jetzt bei der Erörterung zum Abriss von Block I fort. Foto: factum/Weise

nicht ignoriert werden“, sagt Würth weiter.

Das Umweltministerium reagierte mit Unverständnis. „Im Erörterungstermin werden keine Entscheidungen getroffen, sondern die Einwendungen erörtert, um sie zu verstehen“, erläuterte ein Sprecher. Es sei schade, wenn die Initiativen diese Veranstaltung meiden wollten. „Jeder ist herzlich eingeladen, zu uns zu kommen.“

Es sei keinesfalls ausgemacht, dass die Bürgerbeteiligung mit diesem einen Erörterungstermin erschöpft sei. Der Sprecher lehnte es „zum gegenwärtigen Stand des Verfahrens“ ab, auf den Inhalt der Vorwürfe einzugehen. Die Unterlagen, die die EnBW abgegeben hatte, würden geprüft. „Sollten die Vorwürfe der Atomkraftgegner zutreffen, werden wir an die EnBW herantreten und um eine Ergänzung bitten. Nötigenfalls werden wir Auflagen erteilen.“

Die Bürgerinitiativen haben eine Fülle weiterer Vorhaltungen formuliert. So würden nach dem Abriss von Block I rund 330 000 Tonnen zum Teil verstrahltes Material anfallen, von dem der größte Teil in freien Umlauf gebracht werden dürfe. Gleichzeitig entstehe auf dem Werksgelände ein neues, unbefristet genehmigtes Lager, über das mindestens ein bis zwei Jahrzehnte lang Radioaktivität in Luft, Wasser und Boden abgegeben werde.

Angesichts des Gefahrenpotenzials für die Bevölkerung sei das gesamte Verfahren des Umweltministeriums fragwürdig. Da bereits beim Abriss des Atomkraftwerks Obrigheim ähnlich mangelhaft verfahren worden sei, dränge sich der Eindruck auf, dass das Ministerium nichts gelernt habe, kritisierte Würth.

# Atomkraftgegner sagen ab

**NECKARWESTHEIM** Bürgerinitiativen beteiligen sich nicht am Erörterungstermin zum GKN-Rückbau – Verfahren kritisiert

Von unserem Redakteur  
Reto Bosch

Die atomkraftkritischen Bürgerinitiativen boykottieren die Erörterung zum Abriss von GKN I und kündigen Protestaktionen vor der Neckarwestheimer Reblandhalle an. Am Dienstag will das Umweltministerium jene Einwendungen diskutieren, die gegen den ersten Rückbau-Antrag vorgebracht wurden. Insgesamt sind es mehr als 2500. „Für die Simulation von Bürgerbeteiligung stehen wir nicht zur Verfügung“, erklärt Herbert Würth vom Aktionsbündnis Castor-Widerstand. Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) reagiert mit Unverständnis.

**Unterlagen** Die Arbeitsgemeinschaft Atomerbe Neckarwestheim kritisiert seit langem das Genehmigungsverfahren. „Trotz absolut mangelhafter Unterlagen der EnBW haben wir und viele andere Menschen detaillierte Kritik an den Plänen eingereicht“, sagt Stefan Mende-Lechler von der BI Antiatom Ludwigsburg. Das Ministerium habe eine eigene inhaltliche Vorbereitung des mündlichen Termins abgelehnt, bemängelt Mende-Lechler. „Zugleich verweigert man uns die Zusage nachfolgender Erörterungen, zum Beispiel zum am höchsten belasteten Reaktor Druckbehälter.“ Ministeriumssprecher Frank Lorho verweist der *Stimme* gegenüber auf rechtliche Gründe, warum nicht mit einzel-



Schon vor einigen Jahren wurden die Zellenkühler von GKN I demontiert. Sie waren nicht Teil des atomrechtlichen Verfahrens.

Foto: Archiv/Berger

nen Gruppen Vorgespräche geführt wurden. Und: „Dafür gibt es ja auch den Termin am Dienstag.“

Das Freimessverfahren haben die Kernkraftgegner ebenfalls ins Visier genommen. Dabei kann Material, dessen Reststrahlung festgelegte Grenzwerte nicht übersteigt, als Wertstoff entsorgt oder deponiert werden.

Gleichzeitig dürften das Reststoffbearbeitungszentrum und das Standortabfalllager ständig radioaktive Luft und radioaktives Wasser in die Umwelt abgeben. Für skandalös

EnBW soll billig abreißen dürfen, die Gesundheit der Menschen gilt als unerheblich.“ Diesen Vorwurf weist Lorho zurück: Oberste Priorität habe, dass vom Rückbau keine Gesundheitsgefahren ausgehen.

**Projekt** Betreiber und Behörden würden das ganze Projekt in viele kleine Teilverfahren und Verwaltungsbescheide zerreißen, meint Dr. Jörg Schmid von der Aktion Strom ohne Atom Stuttgart. Außer im „aktuellen Rumpfverfahren bleiben die Bürger überall außen vor“.

„Ich finde es sehr bedauerlich, dass die Arbeitsgemeinschaft Atomerbe Neckarwestheim die Erörterung nicht zur Wahrung ihrer Interessen nutzen will“, erklärt Umwelt-

minister Franz Untersteller. Dem Erörterungstermin fernzubleiben, bedeute eben auch, auf ein Beteiligungsrecht zu verzichten und auf eine Möglichkeit, die eigenen Argumente vorzutragen und zu untermauern.

„Meiner Ansicht nach verlangt Beteiligung auch die Bereitschaft, einen kritischen Dialog zu führen. Es ist schade, dass die Arbeitsgemeinschaft dazu nicht in der Lage zu sein scheint.“ Das Festhalten an Vorurteilen und das Wiederholen teils absurder Vorwürfe reichten jedenfalls nicht aus, um voranzukommen. Es ersetze vor allem nicht die wichtige Erörterung der Sach- und Rechtslage, so Untersteller.

**Kommentar „Falsch“**

## Protest

Auch wenn die Bürgerinitiativen ihre Teilnahme am Erörterungstermin abgesagt haben, wird die nichtöffentliche Veranstaltung am Dienstag, 16. Juni, in der Neckarwestheimer Reblandhalle trotzdem stattfinden. Dort sollen die Einwender ihre Argumente vorstellen, um sicherzustellen, dass diese von den Behörden richtig verstanden wurden. Das Aktionsbündnis Atomerbe Neckarwestheim organisiert um 8.30 Uhr vor der Halle eine Protestaktion und will ab 10 Uhr eine alternative Erörterung abhalten. Weitere Informationen: [www.atomerbe-neckarwestheim.de/red](http://www.atomerbe-neckarwestheim.de/red)



Atomkraftgegner fordern mehr Transparenz und Mitbestimmung. Foto: Archiv/Veigel



## Kommentar

Die Bürgerinitiativen hätten ihre Einwenden beim Termin vertreten sollen.

Von Reto Bosch

## Falsch

Die Bürgerinitiativen haben eine wichtige Aufgabe. Die engagierten Mitglieder investieren viel Zeit, um sich in das komplexe Thema des GKN-Rückbaus einzuarbeiten. Sie erzeugen positiven Druck auf Politik und Behörden, die wissen: Da ist jemand, der genau hinschaut. In Demokratien sind Kontrollmechanismen dieser Art möglich und wünschenswert. Und in der Tat bietet das Genehmigungsverfahren Anknüpfungspunkte. Das Reststoffbearbeitungszentrum (RBZ) und das Standortabfalllager (SAL) wurden im Genehmigungsverfahren abgetrennt, für diese beiden Einrichtungen wird es weder eine Umweltverträglichkeitsprüfung noch eine Öffentlichkeitsbeteiligung geben. Oder: Die atomrechtliche Verfahrensordnung sieht nur für die erste von mehreren Genehmigungen vor, die Bürger einzubinden. Auch wenn sie mit dem Verfahren unzufrieden sind, haben die Bürgerinitiativen unter dem Dach des Aktionsbündnisses eine falsche Entscheidung getroffen. Statt ihre Einwendungen in der Reblandhalle mit Nachdruck zu vertreten, organisieren sie vor der Halle eine Parallelveranstaltung – bei der ihnen niemand widersprechen kann. Dass Atomkraftgegner in ihrem übergeordneten Kampf, GKN II möglichst rasch vom Netz zu nehmen, Argumente zuspitzen und zuweilen schweres Gerät auffahren, ist nachvollziehbar.

Sie gefährden aber ihre Glaubwürdigkeit, wenn sie verbal überziehen. Die Behauptung, RBZ und SAL würden „ständig große Mengen Radioaktivität über Wasser und Luft abgeben“, schürt mehr Ängste, als dass sie sachlich aufklärt.

## Ihre Meinung?

[reto.bosch@stimme.de](mailto:reto.bosch@stimme.de)

# Minister appelliert an AKW-Gegner

Untersteller ruft zu Teilnahme an Erörterungstermin wegen GKN-Abriss auf

## NECKARWESTHEIM

VON STEFFEN PROSS

Zweieinhalb Stunden lag hat Baden-Württembergs Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) vor einigen Wochen mit Vertretern der Bürgerinitiativen über die Abrisspläne für das vor fünf Jahren abgeschaltete Atomkraftwerk Neckarwestheim I gesprochen. Genutzt hat das offenbar wenig: Die AG Atomerbe Neckarwestheim, ein Zusammenschluss mehrerer Bürgerinitiativen aus der Region, will der öffentlichen Erörterung der rund 2500 Einwendungen gegen die Planungen der EnBW am kommenden Dienstag fernbleiben und hat stattdessen zu Protesten vor der Reblandhalle aufgerufen (wir berichteten). In einem Brief appelliert der Minister nun dringend an die Umweltverbände und Bürgerinitiativen im mittleren Neckarraum, den Termin wahrzunehmen: Ein Boykott schade den Interessen lediglich der Einwender, so Untersteller.

Denn der Erörterungstermin diene „der vertieften Diskussion der schriftlich erhobenen Einwendungen“ und stehe „bewusst ganz am Anfang des Genehmigungsverfahrens“. Erst an seinem Ende werde das Umweltministerium „auch unter Berücksichtigung der Einwendun-



„Ich setze mich seit Jahrzehnten für den Atomausstieg ein.“

**Franz Untersteller**  
Umweltminister

gen“ entscheiden, ob der von der EnBW geplante Abbau des älteren der beiden Neckarwestheimer Reaktoren „die Sicherheitsanforderungen nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erfüllt“ und ob zusätzliche Auflagen erlassen werden müssten.

Kritik daran, dass das Genehmigungsverfahren für ein Behandlungszentrum für radioaktive Reststoffe sowie für ein weiteres Abfalllager vom Genehmigungsverfahren zum eigentlichen Abriss abgetrennt worden war, weist der Minister zurück. Die separaten Genehmigungsverfahren entsprächen geltendem Recht, weshalb die EnBW einen Anspruch auf dieses Vorgehen habe. Weil in den isolierten Verfahren für Lager und Reststoffbehandlungsanlage aber planungsrechtlich keine Öffentlichkeitsbeteiligung vorgesehen sei, hätten Land und EnBW auf umfangreiche Informationen und einen „Bürgerdialog“ gesetzt. Beides

habe der Karlsruher Stromkonzern auch umgesetzt.

Untersteller widerspricht auch dem Vorwurf, die von der EnBW vorgelegten Unterlagen seien unzureichend. Das hätten „einige Bürgerinitiativen“ offenbar

„schon vor der Auslegung“ gewusst. Außerdem habe sein Ministerium in der Informations-Kommission GKN den Kritikern die Einsichtnahme in weitere Unterlagen angeboten. Doch davon sei „bisher noch kein Gebrauch gemacht“ worden.

Er setze sich „seit Jahrzehnten für den Atomausstieg und höchste Sicherheitsanforderungen in der Atomenergienutzung ein. Dies gilt selbstverständlich bis zum endgültigen Abbau bis hin zur Entsorgung“, versichert der Grünen-Politiker. Seinen Appell, den Erörterungstermin wahrzunehmen, schließt er mit dem Satz, Bürgerbeteiligung brauche „auch eine selbstbewusste Bürgerschaft, die Beteiligungsangebote an- und wahrnimmt“.

**INFO:** Der Erörterungstermin zum Abriss des AKW Neckarwestheim I findet am kommenden Dienstag, 16. Juni, ab 10 Uhr in der Neckarwestheimer Reblandhalle statt.



Die EnBW agiert beim Erörterungstermin in der Reblandhalle zu formalistisch.

Von Reto Bosch

## Offene Fragen

Es ist ein Fehler, dass sich die Bürgerinitiativen der Erörterung in der Reblandhalle verweigert haben. Zumal ihre Gegenaktion vor der Halle nur eine begrenzte Zahl an Zuhörern gefunden hat. Vertretern des BUND beispielsweise ist es durchaus gelungen, die Sorgen der Atomkraftgegner mit Verve vorzutragen und wichtige Anstöße zu geben. Das musste sogar Versammlungsleiter Gerrit Niehaus vom Umweltministerium einräumen. Denn genau darum geht es beim aktuellen Stand des Verfahrens ja auch: Ängste, technische Hinweise und Sicherheitsforderungen in den Prozess einzuspeisen. Dass die Bürgerinitiativen mannigfaltige Kritik am Genehmigungsverfahren üben, ist ihr gutes Recht. Das ändert aber nichts daran, dass sie sich der Diskussion stellen, ihre 2000 Einwendungen hätten verteidigen müssen. Die schriftliche Version davon jedenfalls lässt auf eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema schließen.

Die Erörterung selbst gerät zuweilen zwar kleinteilig und detailreich. Aber es geht nun einmal um eine komplexe Materie. Die EnBW versichert bei jeder Gelegenheit, transparent agieren zu wollen. Das setzt der Energieversorger zum Teil auch um. In der Reblandhalle allerdings agieren die EnBW-Mitarbeiter zu formalistisch. Statt aus Gesetzestexten zu zitieren, wären konkrete Aussagen hilfreicher.

Das Unternehmen bleibt zu viele Antworten schuldig. Und das Umweltministerium hätte sich und den Besuchern einen Gefallen getan, wenn es die Möglichkeit geschaffen hätte, Pläne oder Power-Point-Präsentation zu zeigen.

**Ihre Meinung?**

reto.bosch@stimme.de

# Atomkraftgegner mit Infos unzufrieden

NECKARWESTHEIM Einwendungen gegen Abbau von GKN I diskutiert – Protestaktion der Bürgerinitiativen

Von unserem Redakteur  
Reto Bosch

Das Genehmigungsverfahren für den Abbau von GKN I hat die nächste Stufe erreicht. Bei einem Erörterungstermin in der Neckarwestheimer Reblandhalle wurden gestern Einwendungen der Bürger gegen das weitere Vorgehen diskutiert. Vor allem Fragen der Sicherheit standen im Mittelpunkt. Einige Bürgerinitiativen, die die Erörterung aus Protest boykottierten, begleiteten die Veranstaltung vor der Halle mit eigenen Aktionen.

**Fragen** Die EnBW hat beim Umweltministerium die erste von mindestens zwei Genehmigungen zum Rückbau beantragt. Etwa 1500 Personen haben mehr als 2500 Einwendungen gegen die Pläne der EnBW eingereicht. Die Erörterung sei wichtig, „um nachvollziehen zu können, ob die schriftlichen Einwendungen von den Behörden richtig verstanden wurden“, sagte Sit-

zungsleiter Gerrit Niehaus, Chef der Atomaufsicht im Umweltministerium. Seine Leute hatten die Anregungen, Forderungen und Kritikpunkte gesichtet, aufbereitet und in der Reblandhalle vorgetragen. Dazu nahmen Kernkraftgegner und EnBW Stellung.

Im Fokus standen auch grundsätzliche Fragen. Etwa die nach der Zuverlässigkeit des Kraftwerkbetreibers. Erhebliche Zweifel daran hat zum Beispiel Harry Block vom BUND. Er verwies auf Fehler im Atomkraftwerk Philippsburg, die vom Ministerium mit deutlichen Worten gerügt worden seien. Niehaus sagte, dass die Zuverlässigkeit

immer mit Blick in die Zukunft beurteilt werde. Die EnBW nahm zu den einzelnen Kritikpunkten nicht Stellung, zitierte nur das förmliche Verfahren. Gegenstand der Diskussion waren auch das Lüftungskonzept

*„Wir hätten erwartet, dass die Atomaufsicht mehr Unterlagen anfordert.“*

Herbert Würth

oder die geplante Containerschleuse, bei denen einige Einwender detaillierte Informationen von der EnBW vermissten. Die Tagesordnung umfasste eine Vielzahl von

technischen Punkten, die auch noch heute abgearbeitet werden (die *Stimme* berichtet morgen auf einer ganzen Seite).

Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Atomerbe Neckarwestheim haben eine ganze Reihe von Einwendungen formuliert. Ein wichtiger Punkt: Die Freigabe von Material, das noch ganz geringfügig strahlt. Das dürfe nicht zugelassen werden. Obwohl sich die Bürgerinitiativen intensiv mit dem EnBW-Antrag auseinandergesetzt hatten, nahmen sie an der Erörterung nicht teil und stellten vor der Halle ihre Sicht der Dinge dar. Sprecher Franz Wagner sprach von einem „ampu-

tierten Verfahren“. „Diesen Termin dürfte es gar nicht geben“. Nicht akzeptabel sei, dass das Reststoffbearbeitungszentrum und das Standortabfallager in abgetrennten Verfahren ohne Öffentlichkeitsbeteiligung und Umweltverträglichkeitsprüfung genehmigt werden sollen.

Ebenfalls inakzeptabel sei, dass es für den Abbau von GKN I nur eine Öffentlichkeitsbeteiligung geben soll. Sprecher Herbert Würth, ebenfalls von der Arbeitsgemeinschaft, beklagte, dass sich das Ministerium nicht genug mit den Einwendungen beschäftigt habe. „Wir hätten erwartet, dass die Atomaufsicht mehr Unterlagen anfordert.“ Gerrit Niehaus erklärte dazu, dass im Laufe des Verfahrens noch zahlreiche Dokumente eingefordert würden, die dann auch einsehbar seien. Das Umweltministerium betont, dass der Schutz der Bevölkerung an erster Stelle steht. Die EnBW erhalte dann die Genehmigung, wenn die gesetzlichen Anforderungen erfüllt seien.

**Kommentar „Offene Fragen“**

### Kritik an Rückbaustrategie

Franz Plöcker vom BUND-Landesverband bemängelte beim Erörterungstermin in der Reblandhalle, dass die Entscheidung der EnBW, GKN I möglichst schnell abzubauen, nicht nachvollziehbar ist. Eine Sichtweise, die andere

Atomkraftgegner teilen. Die Alternative wäre der sogenannte **sichere Ein-schluss** gewesen. Dann wäre der Reaktor für längere Zeit konserviert worden, um Strahlung abklingen zu lassen. „Der direkte Rückbau ist ein verantwor-

tungsvoller Umgang mit Kerntechnik und wird von uns unter Wahrung aller Sicherheitsaspekte durchgeführt“, erklärte Manfred Möller von der EnBW Kernkraft GmbH. Jetzt stehe noch qualifiziertes Personal zur Verfügung, bor

# Protest gegen Atom-Abbau

## Heftiger Streit um geplante „Abriss-Fabrik“ in Neckarwestheim

Draußen Boykott, drinnen Fachgespräche: Gegen den Widerstand von Atomkraftgegnern begann in Neckarwestheim die Erörterung zum Abbruch des ältesten Nuklearmeilers, der 2011 stillgelegt worden ist.

HANS GEORG FRANK

**Neckarwestheim.** Umweltminister Franz Untersteller (Grüne), einst engagierter Atomkraft-Skeptiker, versteht die Kritik an der von ihm verantworteten Erörterung der Demontage von Neckarwestheim 1 überhaupt nicht. Möglichst frühzeitig wollte er die von 2500 Einwendern vorgebrachten Bedenken gegen den Rückbau des ältesten Meilers erörtern lassen. Doch der Termin, drei Monate nach der Auslegung des Plans, stößt bei den schärfsten Gegnern der Kernenergie auf vehemente Ablehnung.

In der Neckarwestheimer Reblandhalle, wo Abgesandte der Aufsichtsbehörde und des Kraftwerkbetreibers ENBW auf der Bühne saßen, beteiligte sich nur ein halbes Dutzend Teilnehmer am tröge anmutenden Fachgespräch. Vor der Tür inszenierten Anti-Atom-Aktivisten eine Schau, die ihrem Verständnis von Bürgerbeteiligung eher entsprach. Was sie unter „atomarem Erbe“ verstehen, stand auf einem Protest-Plakat: „3 Generationen Profit, 40 000 Generationen Schaden.“ Befürchtet wird ein erhöhtes Krebsrisiko, das „bewusst in Kauf genommen“ werde.

Untersteller selber kam nicht nach Neckarwestheim, „weil es ein sachliches Verfahren, keine politische Veranstaltung ist“, ließ er seinen Sprecher Ralf Heineken erklären. Der Minister hatte sich in einem Brief an „liebe Freundinnen und Freunde“ gewandt und deren Boykottaufruf als Schaden für ihre eigenen Interessen bezeichnet: „Beteiligung verlangt auch die Bereitschaft, einen kritischen Dialog zu führen.“ Er zeigte sich in dem dreiseitigen Schreiben überrascht, „dass einige Bürgerinitiativen schon vor Beginn der Auslegung wussten, dass diese Unterlagen unzureichend sein würden“.

Die Vorwürfe der BI – zu enge Verbindungen zwischen Regierung und dem halbstaatlichen Stromunternehmen, unzureichende Unterlagen – wies Heineken „vollumfänglich“ zurück: „Die Atomaufsicht war noch nie so transparent, wir sind rein an der Sicherheit orientiert.“

Den Widerständlern erscheint das Vorgehen des Umweltministeriums dagegen „fragwürdig“ und



Alternative zur amtlichen Anhörung: In Neckarwestheim protestieren Atomkraftgegner gegen eine ihrer Ansicht nach fragwürdige Erörterung, die das Umweltministerium wegen des Abbruchs eines Meilers anberaumt hatte. Foto: Andreas Veigel

„von oben bis unten vermurkt“. Von einem Umdenken bei der Landesregierung sei „nichts zu spüren“. Sie monieren vor allem, dass es für den wohl 20 Jahre dauernden Rückbau nur eine Erörterung gibt. Zudem sei nicht die gesamte Demontage in dem Genehmigungsantrag enthalten.

Die ENBW muss für den Abbruch ein „Standortabfalllager“ und ein „Reststoffbearbeitungszentrum“ auf dem Kraftwerksgelände im früheren Steinbruch am Neckar bauen. Für beide Gebäude – Gegner sprechen von „Abrissfabrik“ – ist keine Aussprache vorgesehen, ob-

wohl über einen 60 Meter hohen Kamin „radioaktive Abluft“ entweiche, wie Franz Wagner von der „Arbeitsgemeinschaft Atomerbe“ sagt.

Gerrit Niehaus, im Umweltministerium Leiter der Abteilung Kernenergie und Strahlenschutz, moderierte die schlecht besuchte Erörterung. Deren Zweck sei die „Sachverhaltsermittlung“, sagte er: „Wir sind nicht kurz vor der Erteilung oder Ablehnung der Genehmigung“. Er begrüßte ausdrücklich die Argumente der Gegner: „Je umfassender die Informationen sind, desto besser kann die Behörde entscheiden.“ Dabei gehe es um die „bestmögliche

Gefahrenabwehr“. Aufgelistet sind 60 Aspekte aus neun Themenbereichen. Dazu gehören die Zuverlässigkeit der ENBW und Gewässerschutz ebenso wie Kontaminationsverschleppung und Staubemissionen. Auf Ablehnung stößt die Freigabe angeblich unbelasteten Materials.

Ob im Saal oder vor der Halle, ein „zentrales Anliegen“ bei den Einwendungen ist die Beseitigung der Brennelemente vor dem Abbruch. Dadurch könne „das Potenzial für Störfälle“ reduziert werden, erklärte Franz Pöter, Umweltschutzreferent des BUND-Landesverbandes.

Die Aussprache war für Laien streckenweise schwer verständlich, weil keine Pläne oder Bilder gezeigt wurden. Das hatte Niehaus nicht zugelassen, „weil es ein mündlicher Erörterungstermin ist“. Wenig Bürgernähe bewiesen ENBW-Vertreter, wenn sie nur vorbereitete Stellungnahmen verlasen, ohne auf konkrete Fragen einzugehen. So blieb auch die Information eines BUND-Mitglieds aus Karlsruhe unwidersprochen, dass die 2,5 Milliarden Euro „Deckungsvorsorge“ für eventuelle Schäden in niederländischen Fonds angelegt worden seien.

### 15 Jahre Arbeit mit dem Abbruch

**Geschichte** Block 1 des Gemeinschaftskernkraftwerks (GKN) in Neckarwestheim lieferte Atomstrom von 1. Dezember 1976 bis 11. März 2011. Im Mai 2011 hat die ENBW-Tochter ENKK den Antrag auf Stilllegung und Abbau eingereicht. Der Meiler mit einer

Leistung von 840 Megawatt soll vollständig abgebrochen werden, einen „sicheren Einschluss“ hat die ENBW abgelehnt.

**Zukunft** Für einen „verzögerungsfreien Rückbau“ würden rund 15 Jahre veranschlagt, erklärte Ge-

schäftsführer Manfred Möller. „Erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt werden vermieden“, versicherte er. Die ENBW rechnet nach Angaben ihres Sprechers Ulrich Schröder mit der Genehmigung „Ende 2016 / Anfang 2017“. hgf

# KREISZEITUNG

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG  
AMTLICHES BEKANNTMACHUNGSORGAN DER STADT UND DES LANDKREISES LUDWIGSBURG



Der Boykottaufruf der Bürgerinitiativen griff: Obwohl 2500 Einwendungen gegen die Pläne für den Abriss von GKN I eingereicht worden waren, fand der Erörterungstermin in Neckarwestheim gestern praktisch ohne Bürger statt. Auch Schultes Mario Dürr (Bild) verließ die Veranstaltung früh. Foto: Alfred Drossel

## ATOMKRAFT

# Bürgeranhörung ohne Bürger

Beim Erörterungstermin zum Abriss von Neckarwestheim I fehlen die Einwender fast komplett

**NECKARWESTHEIM.** Der Abriss des Atomkraftwerks Neckarwestheim I ist gestern mit dem Beginn der auf drei Tage angelegten mündlichen Erörterung der von Bürgern und Umweltverbänden vorgebrachten Einwände ein Stück näher gerückt. Für Umweltminister Franz Untersteller (Grüne), der nach der Abschaltung der Reaktoren keine Atomruinen im Südwesten stehen lassen will, ist der Erörterungstermin dennoch ein politischer Rückschlag. Denn der Boykottaufruf der Bürgerinitiativen in der Region, die die Anhörung als

„Alibiveranstaltung“ kritisieren, wirkte: Nur ein Vertreter des BUND-Landesverbandes und eine Handvoll meist ebenfalls in dem Umweltverband engagierter Einzelpersonen nahm gestern die Gelegenheit wahr, ihre schriftlich eingereichten Bedenken mündlich näher zu erläutern: Die von der Landesregierung gewünschte Bürgerbeteiligung fand trotz eines Appells Unterstellers (wir berichteten) gestern praktisch ohne Bürger statt.

Auch die wenigen Atomkraftgegner, die sich dem Boykott nicht anschlossen und Fra-

gen vortrugen, zeigten sich über die meist aufs verfahrensrechtlich nötige Mindestmaß beschränkten Antworten der Kraftwerksbetreiberin EnBW zu den Details ihrer Abrisspläne verärgert. Dagegen verteidigte Unterstellers zuständiger Abteilungsleiter Gerrit Niehaus den Ablauf: Der Erörterungstermin stehe am Anfang des Genehmigungsverfahrens und diene vor allem der Erläuterung der Einwendungen, weniger der noch nicht abgeschlossenen Planungen der EnBW. (pro)

SEITE 9

# KREIS LUDWIGSBURG

WWW.LKZ.DE



Ohne die regionalen Bürgerinitiativen hat gestern der Erörterungstermin zum Abriss des AKW Neckarwestheim I begonnen. Statt drinnen mit Vertretern des Umweltministeriums und der EnBW zu diskutieren, blieben sie draußen - und demonstrierten vor der Reblandhalle. Foto: Alfred Drossel

GKN-ABRISS

## Gegner erhalten kaum Antworten

Erörterungstermin: Die Bürgerinitiativen bleiben draußen - und die wenigen Anti-AKW-Aktivisten in der Halle sind frustriert

NECKARWESTHEIM  
VON STEFFEN PROSS

Immer wieder hatte sich Harry Block, Vorstandsmitglied des BUND Mittlerer Oberrhein und Sprecher der Kritischen Aktionäre der EnBW, mit Fragen an die Vertreter des Stromkonzerns gewandt. Immer wieder waren er und die Handvoll weiterer Einwender, die gestern zum mit großem Aufwand vorbereiteten Erörterungstermin zum geplanten Abriss des Atomkraftwerks Neckarwestheim I gekommen waren, abgeblitzt. Teils wies Gerrit Niehaus, der zuständige Abteilungsleiter im baden-württembergischen Umweltministerium, sie darauf hin, dass ihre Vorhaltungen Fragen betreffen, die nicht Bestandteil des Genehmigungsverfahrens sind, teils beschied sich die Vertreter der EnBW mit knappen, vom Blatt vorgelesenen Antworten.

Wie dick ist die Wand des Reaktordruckbehälters an der Stelle, an der eine Sicherheitsschleuse für den Abtransport verstrahlter Anlagenteile eingebaut werden soll? Keine Antwort. Wie viele Brennstäbe befinden sich derzeit noch im Abklingbecken von Block 1, wie viele davon sind defekt, bei wie vielen handelt es sich nicht um reine Uran-, sondern um plutoniumhaltige MOX-Brennstäbe? Das, so Manfred Möller, der technische Geschäftsführer der EnBW-Kernkrafttochter EnKK, könne er aus dem Stand nicht beantworten. Nach gut fünf Stunden, in denen Niehaus

und andere Fachleute des Ministeriums nur gelegentlich konkreter wurden als die EnBW-Vertreter, platzte Harry Block der Kragen: Er habe nicht den Eindruck, dass sein Engagement dazu beitrage, die durch den Abriss weiterhin und teils auch neu gegebene „Gefährdungslage“ zu verringern. „Wozu“, so der Anti-AKW-Aktivist aus Karlsruhe, „soll ich hier noch sitzen?!“

Er und die Handvoll Einwender, die überhaupt an der Veranstaltung teilnahmen, machten trotzdem weiter – anders als die in der AG Atomerbe zusammengeschlossenen, regionalen Bürgerinitiativen, die den auf drei Tage angelegten Erörterungstermin wie berichtet boykottierten. Sie hatten nach eigenen Angaben etwa 2000 der insgesamt eingereichten 2500 Einwendungen auf den Weg gebracht und nutzten die Veranstaltung in der Reblandhalle nochmals zum Protest. Die mündliche Erörterung der schriftlichen Einwendungen sei eine Alibi-Veranstaltung, da sich Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) auf ein „amputiertes“ Genehmigungsverfahren eingelassen habe.

Diesen Vorwurf begründen die Bürgerinitiativen unter anderem damit, dass die Genehmigung der für den Rückbau benötigten neuen nukleartechnischen Anlagen – ein Behandlungszentrum für verstrahlte Reststoffe sowie ein zusätzliches Schadstofflager für Abfälle mit schwacher und mittlerer radioaktiver Belastung – von der eigentlichen Abbruchgenehmigung abge-

trennt worden war. Außerdem fordern sie, dass der Abriss erst auf der Basis eines „radioaktiven Gesamtkatasters“ und in der Gesamtschau mit dem noch bis 2022 laufenden Meiler Neckarwestheim II genehmigt werden dürfe. Beides fehle. Das seien Mängel, die sich nur damit erklären ließen, dass die EnBW dem Land gehört.

GKN I

### Abbrucharbeiten sollen 15 Jahre dauern

GKN I – der ältere der beiden Blöcke des Atomkraftwerks Neckarwestheim – ist 1976 in Betrieb gegangen, im März 2011 wurde er nach der Katastrophe von Fukushima endgültig abgeschaltet. 2012 entschied sich der Stromkonzern EnBW dafür, seine stillgelegten Reaktoren möglichst zügig abzubauen, 2013 reichte die für die Kernkraftwerke zuständige EnBW-Tochter EnKK dann den Antrag für den Abriss von GKN I ein. Das umfangreiche Genehmigungsverfahren wird noch bis mindestens Mitte 2016 laufen. Die Abbrucharbeiten selbst werden nach derzeitiger Einschätzung der EnBW etwa 15 Jahren dauern und bis 2022 parallel zum Betrieb von GKN II erfolgen. Denn der jüngere der beiden Neckarwestheimer Atommeiler soll erst in sieben Jahren vom Netz gehen. (pro)

Die draußen erhobenen und teils auch von den wenigen Einwendern – darunter dem BUND-Landesverband – in der Halle wiederholten Vorwürfe wies Gerrit Niehaus samt und sonders zurück. Die Neutralität des Landes im laufenden Verfahren sei schon deshalb gewährleistet, weil für das Genehmigungsverfahren das Umwelt-, für das Vermögen der EnBW aber das Wirtschaftsministerium zuständig sei. Auf das abgetrennte Genehmigungsverfahren für die neuen Atomanlagen habe die EnBW nicht nur einen Rechtsanspruch, es gebe dafür – obwohl sie für den Abbruch von GKN I zwingend gebraucht werden – auch inhaltliche Gründe. So sollten in ihnen später auch belastete Anlagenteile und Materialien von GKN II behandelt und gelagert werden. Dem Vorwurf der Intransparenz widersprach Niehaus deutlich: Bei Folgegenehmigungen, die aus dem jetzigen Verfahren resultieren und keines weiteren Erörterungstermins bedürften, werde das Land seinen Ermessensspielraum „beteiligungsfreundlich und transparent“ ausschöpfen. Auch Harry Blocks Kritik ließ Niehaus nicht gelten: Im Erörterungstermin gehe es darum, die Einwendungen vollständig zu erläutern und zu dokumentieren. Diese würden genau geprüft – und könnten sich gegebenenfalls in Nachbesserungsaufgaben an die EnBW während des Verfahrens sowie in den Bestimmungen einer künftigen Abbruchgenehmigung wiederfinden.

# Sechs engagierte Streiter löchern die EnBW-Vertreter

**Neckarwestheim** Fragen zum Abriss des Atommeilers werden mit vorbereiteten Statements beantwortet. *Von Andrea Koch-Widmann*

Vorsorglich hatte das Umweltministerium die Reblandhalle in Neckarwestheim für drei Tage angemietet. Schließlich hatten 2500 Personen Einwendungen und Fragen für die mündliche Erörterung zum atomrechtlichen Genehmigungsverfahren für den Abbau des seit 2011 stillgelegten Kernkraftwerks Neckarwestheim I eingereicht. Tatsächlich werden es wohl nur eineinhalb Tage werden.

Also doch bloß eine Alibi- und Showveranstaltung, wie die AG Atomerbe Neckarwestheim, ein Zusammenschluss von Kernkraftgegnern, vor Beginn der Erörterung kritisiert hatte und damit ihren Boykott begründet hatte? Franz Wagner vom Aktionsbündnis Energiewende Heilbronn sprach gar vom „Betrug am Bürger“. Die grün-rote Landesregierung, die sich Bürgerbeteiligung auf die Fahnen schreibe, lasse es zu, dass für den gut 20 Jahre dauernden Rückbau des Atommeilers einzig zu Beginn diese eine öffentliche Erörterung stattfindet. Weitere Teilgenehmigungen, etwa der Abriss der hoch radioaktiven Bereiche solle ohne öffentliche Auslegung von aktuellen Unterlagen und ohne weitere Bürgerbeteiligung „im stillen Kämmerlein“ erfolgen, erläuterte Herbert Würth vom Aktionsbündnis Castor-Widerstand Neckarwestheim. Ohne ein radiologisches Gesamtkataster der Atomanlage sowie einer Bestandsaufnahme des gesamten radioaktiven Inventars dürfe der Rückbau nicht beginnen. Das sogenannte Freimes-

sen von Schuttmaterial und ähnlichem lehnt die AG Atomerbe ab. Das Material dürfe nicht für Straßen- oder Sportplatzbau genutzt werden. „Atommüll ist nicht rückholbar“, betonte Wagner. Die Gegner informierten den ganzen Vormittag vor der Halle über weitere Verfahrensmängel.

Auf den Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) warteten sie vergebens. Der Minister hatte es mit Verweis auf die anstehende „sachliche Erörterung“ vorgezogen,

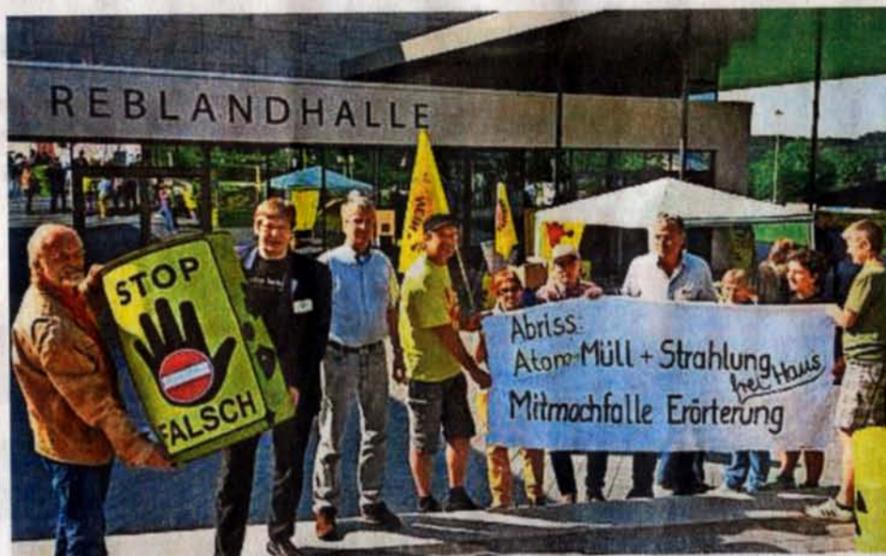
der Veranstaltung fernzubleiben. Er wollte durch sein Erscheinen keine „politische Schauveranstaltung“ befeuern, teilte ein Ministeriumssprecher mit.

Drinne in der nur spärlich besetzten Reblandhalle nutzten nur sechs engagierte Streiter die Gelegenheit, ihre zuvor schriftlich eingereichten Bedenken mündlich vorzutragen. „Eine unwürdige Situation“, kommentierte Gertrud Patan von der Initiative Atomerbe Obrigheim. Sie komme sich am Saalmikrofon vor wie ein „Schulmädchen beim Gedicht aufsagen“ gegenüber den oben auf der Bühne thronenden zehn Vertretern der Atomaufsicht aus dem Umweltministerium und des AKW-Betreibers,

der EnBW-Kernkraft GmbH (EnKK). Das immerhin konnte geändert werden, die Einwender konnten dank eines Handmikrofonns sitzen bleiben. Nichts zu machen hingegen war bezüglich vehement eingeforderter Schaubilder, etwa bezüglich der geplanten Lüftungsanlage der „Abrissfabrik“. Man habe sich bewusst gegen Pläne entschieden, erläuterte der Verhandlungsführer Gerrit Niehaus, Abteilungsleiter Kernenergieüberwachung und Strahlenschutz im Umweltministerium. Dies sei schließlich eine „mündliche Erörterung“.

Manfred Möller, der EnKK-Bereichsleiter „Genehmigung und Aufsicht“ betonte, die eingereichten Unterlagen ermöglichten eine Beurteilung aller Verfahrensschritte, von der Stilllegung über den Abbau einschließlich möglicher Auswirkungen auf die Bevölkerung und die Umwelt. „Der direkte Rückbau ist ein verantwortungsvoller Umgang mit Kerntechnik“, betonte Möller. Nachfragen wichen Möller und seine Kollegen stets aus. Mehr als die vorbereiteten Antworten waren von ihnen fast nie zu hören. So musste denn mehrfach der Verhandlungsführer Niehaus der EnKK beispringen, 2,5 Milliarden Euro habe das Unternehmen etwa als sogenannte Deckungsvorsorge im Schadensfall bereit gestellt. Möller hingegen hatte lediglich auf die gesetzliche Vorgabe hingewiesen.

Der BUND-Landesverband hingegen hält die von der EnKK geplanten Maßnahmen für Stilllegung und Abbau für nicht konkret, der vorgelegte Genehmigungsantrag sei „unbestimmt“. Mit der Erörterung könne man der EnBW zeigen, dass „eine kritische Öffentlichkeit“ aufmerksam sei und auf ein „besseres Verfahren“ dringe.



Vor der Reblandhalle haben sich am Dienstag die Aktivisten versammelt, die von der ursprünglich für drei Tage anberaumten Erörterung nicht überzeugt sind. Foto: Koch-Widmann

in schein  
er Energie  
fsicht ASN  
Schließung  
onalchefin  
in Straß  
ngwierigen  
en bis zu  
noch min  
te sie. „Für  
ionierende  
e alle ande  
essenheim  
arbeiten an  
rohrleitun  
langt, hieß  
mwelt ent  
Kraftwerk  
fer ins Mo  
Kilogramm  
t von 8200  
tze desweg  
g bis 2019  
wirtschaft  
baldmög  
von den So  
es Energie  
raft produ  
75 aufkün  
s. EDF kann  
PR, der seit  
?lamanville  
eb nehmen,  
nkraftwerk  
dpa/brü  
Württemberg



Das 1976 in Betrieb gegangene Atomkraftwerk GKN I (rechte Kuppel) produziert seit dem Ausstiegsbeschluss 2011 keinen Strom mehr. Die Planungen für den Abbau laufen.

Fotos: Andreas Veigel

# Große Sorgen um die Sicherheit

**NECKARWESTHEIM** 2500 Einwendungen gegen Rückbau von GKN I zu zahlreichen Aspekten

Von unserem Redakteur Reto Bosch

Die 2500 Einwendungen gegen die Abbaupläne von GKN I greifen ganz unterschiedliche Themen auf. Formale Erwägungen wie die Qualität der Antragsunterlagen der EnBW spielen genauso eine Rolle wie Sicherheitsaspekte. Das Umweltministerium wird die Anregungen, Kritikpunkte und Stellungnahmen in die Genehmigungsentscheidung einfließen lassen. Das versicherte Gerrit Niehaus, Leiter der Atomaufsicht, beim zweitägigen Erörterungstermin, der gestern zu Ende gegangen ist.

Viele Einwendungen dokumentieren, dass sich die Atomkraftgegner gründlich mit dem Antrag der EnBW auseinandergesetzt haben. Sie bemängeln allerdings, dass die Unterlagen nicht ausreichend seien. Niehaus verwies darauf, dass die Dokumente eingesehen werden können, die zum jetzigen Stand des Verfahrens schon vorliegen. Die Arbeitsgemeinschaft Atomerbe Neckarwestheim (AG) und der Landesverband des Bundes für Naturschutz (BUND) beispielsweise haben eine Vielzahl an Kritikpunkten angeführt, die zahlreiche Bereiche abdecken.

■ **Abbaufolge:** Die EnBW schließt derzeit nicht aus, dass mit dem Rückbau begonnen wird, auch wenn noch Brennelemente im Kraftwerk lagern. „Wir fordern, dass die Arbeiten erst starten, wenn die Brennelemente

im Zwischenlager sind“, sagte Franz Pöter vom BUND-Landesverband. Probleme mit defekten Elementen oder fehlenden Castorbehältern gebe es nicht, sagte Dr. Manfred Möller, Leiter des Bereichs „Genehmigung und Aufsicht“ der EnBW Kernkraft GmbH.

■ **Freigabeverfahren:** Eine Vielzahl an Widersprüchen sind gegen das vorgesehene Freigabeverfahren eingegangen. Es sieht vor, dass Material, das nur noch sehr geringfügig strahlt, entsorgt werden kann. „Eine uneingeschränkte Freigabe darf nur erfolgen, wenn nachgewiesen ist, dass diese Materialien nicht radioaktiv kontaminiert oder aktiviert sind“, fordert die AG Atomerbe. Eine unkontrollierte Ausbreitung radioaktiver Stoffe sei zu verhindern. Herbert Würth, Sprecher der AG, hält es für sinnvoller, das Material zwischenzulagern. Die EnBW verweist auf einzuhaltende Grenzwerte. Zudem würden externe Gutachter die Messungen kontrollieren.

■ **Strahlenschutz:** Die Atomkraftgegner beharren darauf, dass beim Rückbau nicht nur Grenzwerte in Sachen Strahlenbelastung eingeladen werden, sondern konsequent das Minimierungs-Prinzip Anwendung findet. Im Klartext: Die Belastung der Menschen soll so gering wie möglich ausfallen. Harry Block vom BUND: „Die Grenzwerte sind zu hoch.“ Er betonte, dass die Gefahr der Niedrigstrahlung, die von Partikeln, die der Körper aufgenommen hat, unterschätzt werde.

■ **Abgabewerte:** Die EnBW hat für den Rückbau Abgabewerte über Luft und Wasser beantragt, die zum Teil niedriger sind, als es die Genehmigungen für den Betrieb der Reaktoren vorsehen. Aber in der Realität wurden diese nicht ansatzweise erreicht. Es wäre also theoretisch möglich, dass vom Rückbau eine höhere Belastung ausgeht als vom Betrieb. Das kritisieren die Atomkraftgegner unisono. „Die Werte sind deutlich niedriger anzusetzen“, schreibt etwa die AG in ihrer Einwendung. Die EnBW hält dagegen, dass die Vorgaben der Strahlenschutzverordnung eingehalten würden.

*„Die fachliche und rechtliche Prüfung und Bewertung schließen sich an und werden noch geraume Zeit in Anspruch nehmen.“*

Gerrit Niehaus

■ **Störfälle:** Insgesamt halten die Kernkraftgegner die Störfallanalyse für unzureichend. Diese untersucht, welche Gefahren bei Unfällen drohen. Mögliche Auswirkungen von Störfällen in GKN II auf den älteren Meiler seien nicht ausreichend betrachtet worden. Zudem, so die AG Atomerbe, müssten die Folgen von Flugzeugabstürzen mit einbezogen werden.

■ **Dampferzeuger:** Den Dampferzeuger des Kernkraftwerks Obrigheim hat die EnBW von einer externen Firma in Greifswald zerlegen lassen. Ein ähnliches Vorgehen für GKN I lehnen die Atomkraftgegner ab. Diese sei vor Ort zu erledigen und als radioaktiver Abfall zwischenzulagern.

■ **Finanzierung:** Für den Rückbau ihrer Reaktoren hat die EnBW Rückstellungen in Höhe von knapp acht Milliarden Euro gebildet. Einwander fordern, dieses Geld in einen staatlich kontrollierten Fonds zu überführen. Zudem bezweifeln sie, dass das Geld ausreicht.

■ **Umweltverträglichkeitsprüfung:** Kritisiert wird, dass in der Umweltverträglichkeitsprüfung die alternativen Konzepte, also sofortiger Rückbau oder sicherer Einschluss, nicht gegeneinander abgewogen worden seien. Deshalb müsse eine neue Untersuchung vorgelegt werden.

Was passiert nun mit den 2500 Einwendungen? Entscheidungen sind beim Erörterungstermin in Neckarwestheim nicht gefallen. Dieser dient der Ermittlung von Sachverhalten und Fakten. „Die fachliche und rechtliche Prüfung und Bewertung schließen sich an und werden noch geraume Zeit in Anspruch nehmen“, erklärte Versammlungsleiter Niehaus. Mit einer Entscheidung über den EnBW-Antrag sei frühestens Mitte 2016 zu rechnen.

# Farce unter Ausschluss der Öffentlichkeit

*Am zweiten Erörterungstag bleiben die Tische der Einwender fast ganz leer – Veranstaltung verliert so ihren Sinn*

## Analyse

Von unserem Redakteur Reto Bosch

**NECKARWESTHEIM** Tag 1: Wenigstens eine kleine Gruppe von Atomkraftgegnern trägt beim GKN-Erörterungstermin Sorgen und Forderungen vor, hakt beim Betreiber EnBW nach. Tag 2: Von den Einwendern – insgesamt gibt es rund 1500 – ist gar niemand mehr da, der relevante Aussagen treffen oder Fragen stellen kann. Aus einem im Grundsatz richtigen Ansatz zur Bürgerbeteiligung ist eine Farce geworden. Und das haben alle Beteiligten zu verantworten.

**Boycott** Schon im Vorfeld erklären einige Bürgerinitiativen, dass sie die offizielle Erörterung in der Reblandhalle boykottieren. Sie kritisieren das gesamte Verfahren (wir berichteten mehrfach). Dennoch hätte ihre Kompetenz der Diskussion in der Halle gut getan. Die Atomkraftgegner verpassen die Chance, machtvoll ihre Interessen zu vertreten. Und als am zweiten Tag auch das verbliebene Häuflein aktiver Streiter nicht mehr an den Tischen Platz nimmt, verliert die Veranstaltung vollends ihren Sinn. BUND-Streiter Harry Block spricht gar vom „schlimmsten Erörterungstermin“, den er je erlebt habe. Trotzdem: Bei allem verständlichen Ärger



**Viele leere Stühle: Die Diskussion über die Stellungnahmen, Kritikpunkte und Forderungen der Atomkraftgegner findet in einer nahezu leeren Halle statt.**

über so manche Aussage auf der Bühne, das ist der falsche Weg.

Hauptgrund für Blocks nachvollziehbare Kritik ist das Verhalten der EnBW. Immer wieder verweisen deren Vertreter auf das getrennte Genehmigungsverfahren für Reststoffbearbeitungszentrum und Standortabfalllager, geben keine Informationen. Und das ist manchmal durchaus von Bedeutung, vor allem, wenn es um die Gesamtschau des

Standorts geht. Die Fragesteller müssen das Gefühl haben, an einer Mauer abzurallen. Und wenn der Energieversorger antwortet, werden zuweilen Schriftsätze oder Gesetzestexte vorgelesen, die manchmal haarscharf an der Frage vorbeigehen oder nur schwer verständlich sind. Für das Umweltministerium hat Gerrit Niehaus die Versammlungsleitung übernommen. Der Chef der Atomaufsicht mag die Erörterung formal und juris-

tisch korrekt führen. Mit regelmäßigen Aussagen in Richtung EnBW, dass deren Mitarbeiter zwar antworten dürfen, aber nicht müssen, lockert er ihnen auch nicht gerade die Zunge. Konkrete Nachfragen an den Energieversorger von ihm sind selten.

**Gesetz** Die atomrechtliche Verfahrensordnung sieht vor, dass Erörterungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit abzuhalten sind. Dafür trägt das Ministerium keine Verantwortung, es ist an Recht und Gesetz gebunden. Immerhin lässt es Journalisten zu. Doch warum muss eine solche Diskussion hinter verschlossenen Türen stattfinden? Warum dürfen interessierte Bürger, die selbst keine Einwendungen eingereicht haben, nicht zuhören? Ein Systemfehler in Zeiten allgegenwärtiger Transparenz-Forderungen.

Was sich schon seit einiger Zeit zeigt, der Riss zwischen den Atomkraftgegnern und Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) wird tiefer. Der sieht sich sogar genötigt, per Brief an die ehemaligen Mitstreiter zu appellieren, an der Erörterung teilzunehmen. Die AG Atomerbe Neckarwestheim nutzt jede Möglichkeit, um Attacken gegen Untersteller zu reiten. Zum Beispiel indem die AG andeutet, dass ihre Einwendungen weniger Gewicht bekämen, weil sie der Erörterung fernbleiben. Das ist rechtlich haltlos.